

## Niederschrift Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 18.05.2011  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:34 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Ammersken, Heino

**SPD-Fraktion**  
Götze, Horst  
Grix, Helga  
Meinen, Regina  
Meyer, Elfriede  
Meyer, Lina  
Schulze, Kai-Uwe (bis 18:05 Uhr)

**CDU-Fraktion**  
Bongartz, Helmut für Petra Orth  
Odinga, Hinrich für Carmen Verlee

**FDP-Fraktion**  
Bolinius, Erich für Rolf Bolinius (bis 18:00 Uhr)

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Schild, Walter

**Fraktion DIE LINKE. Grundmandat**  
Koziolk, Stephan-Gerhard

**Beratende Mitglieder**  
Dietrich, Jürgen (17:03 bis 18:17 Uhr)  
Grix, Wilhelm (bis 18:10 Uhr)  
Haarmeyer, Norbert  
Hayenga, Klaas  
Kandziora, Marianne  
Steinmeyer, Elke (bis 18:25 Uhr)

**Verwaltungsvorstand**  
Lutz, Martin

**von der Verwaltung**  
Tempel, Doris  
Decker, Ubbo Dr.  
Engels, Josef  
Knochenhauer, Annett  
Szag, Elisabeth (bis 17:19 Uhr)  
Ludwigs, Joachim  
Schulte, Elke  
Smidt, Frauke

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### **Protokollführung**

Rauch, Agnes

### **Gast**

Brunken, Karola

### **Öffentlicher Teil**

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Ammersken** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 4 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - in Emden Vorlage: 15/0432/2

**Frau Smidt** erläutert die o. a. Vorlage. Die Fraktionen stimmen der Leistungsvereinbarung zu.

**Frau L. Meyer** freut sich über die Planungssicherheit in den Einrichtungen. **Herr E. Bolinius** erklärt, diese Ausgabe sei gut angelegtes Geld. **Herr Bongartz** meint, die Kennzahlerfassung verschaffe der Verwaltung einen guten Überblick über das Geschehen in der Stadt Emden. **Herr Schild** verweist auf die Transparenz, die hiermit geschaffen werde.

### **Beschluss:**

Der der Vorlage 15/0432/2 beigefügten Leistungsvereinbarung (Laufzeit 01.07.2011-30.06.2014) zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und -abhängige Menschen e.V. über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - wird zugestimmt.

**Ergebnis:** einstimmig

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 5      Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention in Emden - ev.-luth. Kirchenkreis Emden  
Vorlage: 15/2002

**Frau Smidt** erklärt, die Vorlage 15/2002 beziehe sich – genauso wie die Vorlage 15/0432/2 – auf die wesentlichen Änderungen der Suchtberatung und - prävention, die der heutigen Zeit angepasst worden seien. Auch hier ginge es um die dritte Verlängerung der Leistungsvereinbarung.

**Herr Bongartz** merkt an, er sei mehrfach darauf angesprochen worden, ob es nicht möglich sei, die drei Leistungsvereinbarungen (Vorlagen 15/0432/2, 15/2002 und 15/0496/1 der heutigen Tagesordnung) zu einer Vorlage zusammen zu fassen, da sie alle die Problematik der Sucht betreffen. Er stellt klar, dass dies nicht möglich sei, da jede Leistungsvereinbarung eine andere Klientel habe und auch die Arbeitsweise unterschiedlich sei.

**Herr Dr. Decker** erinnert an die Drogenberatung im Gesundheitsamt und die Arbeitsgemeinschaft „Sucht“. Beides gäbe es heute nicht mehr. Seines Erachtens sei die Qualität der Beratung in den letzten Jahren enorm verbessert worden.

### Beschluss:

Der der Vorlage 15/2002 beigefügten Leistungsvereinbarung (Laufzeit 01.07.2011 - 30.06.2014) zwischen der Stadt Emden und dem ev.-luth. Kirchenkreis Emden über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention wird zugestimmt.

Ergebnis:      einstimmig

TOP 6      Leistungsvereinbarung über den Betrieb der pro familia Beratungsstelle Emden  
Vorlage: 15/0496/1

**Frau Smidt** erläutert die Vorlage. **Herr E. Bolinius** erkundigt sich nach der Anzahl der Schwangerschaften junger Mädchen in Emden und dem Trend zu Abtreibungen. **Herr Dr. Decker** erwidert, er könne zwar heute keine Auskünfte aus dem Jahresbericht der pro familia geben, Ihm sei aber bekannt, dass die Anzahl der Schwangerschaften bei Mädchen ab 12 Jahren enorm gestiegen sei. Es sei daher in Zusammenarbeit mit der pro familia ein Netzwerk „Junge Schwangere“ gegründet worden, an der auch das Gesundheitsamt beteiligt sei.

**Herr Schulze** möchte wissen, ob das seinerzeitige Projekt der pro familia mit elektronischen Puppen, welches an den Schulen eingesetzt worden sei, noch laufe. **Herr Grix** erwidert, dieses Projekt sei leider an der Finanzierung gescheitert. Anschließend geht er auf die Kosten für das Projekt ein.

**Herr Götze** vermisst zu TOP 6 und 7 der heutigen Tagesordnung (Vorlage 15/0496/1 und 15/2004) die Angabe der Laufzeit der Leistungsvereinbarungen. Ihm wird mitgeteilt, dass diese Leistungsvereinbarungen – genau wie die beiden vorherigen zu TOP 4 und 5 - bis 2014 gelten.

### Beschluss:

Der der Vorlage 15/0496/1 beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und der pro familia, Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung, Sexualpädagogik und Familienplanung, wird zugestimmt.

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 7 Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, für Leistungen im Handlungsfeld häusliche Gewalt  
Vorlage: 15/2004

**Frau Szag** erläutert, die o. a. Leistungsvereinbarung sei ebenfalls den neuen Gegebenheiten angepasst worden. Die Arbeit des Frauenhauses werde durch das Land Niedersachsen und der Stadt Emden bezuschusst. Die Verwaltung schlage daher vor, die Arbeit weiterhin zu sichern und eine Leistungsvereinbarung für weitere drei Jahre abzuschließen.

### **Beschluss:**

Zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, wird die der Vorlage 15/2004 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 8 Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, zur Förderung der Kooperativen Migrationsarbeit  
Vorlage: 15/1738/1

**Frau Szag** erinnert an die seinerzeitige Verweisung der Ursprungsvorlage 15/1738 an die Fraktionen (Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 06.10.2010, TOP 5). Zwischenzeitlich sei die Leistungsvereinbarung überarbeitet worden. Um die Arbeit der Migrationsberatungsstelle weiterhin zu sichern, werde die Leistungsvereinbarung heute erneut vorgelegt.

### **Beschluss:**

Zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, wird die der Vorlage 15/1738/1 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 9 Zuschuss für die weitere Aufrechterhaltung der Kochstelle im Tagesaufenthalt Emden  
Vorlage: 15/1129/1

**Herr Ludwigs** erläutert die Vorlage. **Herr Bongartz** wundert sich über die Vorlage 15/1129/1 und erinnert an die seinerzeit strittigen Diskussionen in der Sache. Damals sei beschlossen worden, die Stelle des Kochs - an eine Person gebunden - bis zum Eintritt in das Rentenalter im Jahre 2013 zu Ende zu finanzieren. **Herr E. Bolinius** stimmt den Ausführungen von Herrn Bongartz zu.

**Frau Tempel** erklärt, dass bis vor kurzem noch kein Antrag vorgelegen hätte. Dieser sei aber erforderlich gewesen, denn der Beschluss sei bisher nur auf dem Wege der Änderungsvorschläge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2010 gefasst worden. Auch bezüglich des Zuschusses für das Jahr 2011 werde die Verwaltung noch mit dem Synodalverband Nördliches Ostfriesland verhandeln.

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau L. Meyer** möchte wissen ob auch für 2012 noch ein Zuschuss gezahlt werde. **Frau Tempel** erwidert, das Beschäftigungsverhältnis des Kochs ende im Februar 2012. Der Zuschuss für die Restlaufzeit im Jahre 2012 müsse daher noch ausgehandelt werden.

### Beschluss:

Dem Synodalverband Nördliches Ostfriesland wird für die Finanzierung der Kochstelle im Tagesaufenthalt Emden ein Zuschuss für die in der Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 aufgebrauchten Kosten von 29.318,19 € unter Berücksichtigung eines Eigenanteiles von 10 v. H. gewährt.

Ergebnis: einstimmig

## MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Sachstand der Altenhilfeplanung im Hinblick auf den Bestand von Altenwohnungen  
Vorlage: 15/1743/1

**Herr Engels** gibt einen Sachstandsbericht. Dieser wird dem Protokoll der heutigen Sitzung als Anlage 1 angehängt.

**Herr E. Bolinius** erinnert an sein Bestreben in den 80er- und 90er-Jahren, Altenwohnungen in Petkum einzurichten. Dies sei ihm bisher nicht gelungen. Er hoffe aber immer noch, dieses Ziel verwirklichen zu können. Z. B. sei hierfür das Grundstück der Sparkasse, welches regelmäßig verwildere, sehr gut geeignet. Anschließend berichtet er von einem älteren Witwer aus Petkum, der gerne eine Altenwohnung in Petkum bezogen hätte, jetzt aber wahrscheinlich aufgrund des Mangels in einen anderen Stadtteil ziehen müsse. Er verweist auf das soziale Umfeld des Mannes, das durch den Umzug wegfallt.

**Herr Schild** erklärt, ihn würde interessieren, wie viele altengerechte Wohnungen die Gewoba zurzeit anbiete und welche Wohnungen für das Zusammenleben verschiedener Generationen geeignet seien. Anschließend geht er auf das Mehrgenerationenwohnen ein. **Herr Götze** pflichtet den Ausführungen von Herrn Schild bei, stellt sich aber die Umsetzung ohne die finanziellen Mittel und entsprechend Anreize für die Mieter schwierig vor. Er hofft bezüglich der Ausstattung der Wohnungen auf einen Zuschuss des Landes Niedersachsen. Auch wäre es schön, wenn die Stadt Emden selber Mittel hierfür zur Verfügung stellen könnte.

**Herr Bongartz** erwidert, die Stadt Emden stehe mit einem deutlich über 1 %igen Anteil an Altenwohnungen deutlich besser da als viele Nachbarkommunen. Auch die Anzahl der Altenpflegeplätze sei in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Ältere Heime seien saniert und den heutigen Bedingungen angepasst worden.

**Herr Grix** kann sich daran erinnern, im Jahre 1993 angeregt zu haben, das „Bremer Modell“ von Henning Scherf, ehemaliger Bürgermeister in Bremen, in Emden umzusetzen. Seines Erachtens gäbe es viele ältere Leute, die bereit seien, Altenwohnungen mitzufinanzieren. Auch hätte er sich damit auseinandergesetzt, im Auftrag des Arbeiterwohlverbandes evtl. die Altenwohnungen in der Hermann-Allmers-Straße zu kaufen, um sie anschließend zu sanieren. Dies sei aber leider aufgrund der Mietkosten kaum umsetzbar. Es sollte daher über ein Konzept nachgedacht werden, welches sowohl Neu- als auch Sanierungsarbeiten umfasse.

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

**Frau E. Meyer** meint, es sollte nicht vergessen werden, dass viele ältere Menschen im Alter in ihrem eigenen Haus bleiben wollten. Sie finde es daher ebenso wichtig, alte Menschen dort zu betreuen und zu fördern. **Herr Engels** bestätigt dies und verweist auf die zahlreichen Betreuungs- und Pflegedienste in Emden. Verbesserungswürdig sei aber die Wohnungsanpassung. Er verweist auf die Vorstellung des neuen Konzeptes der Wohnberatung für ältere und behinderte Menschen im vergangenen Jahr. Er schlägt vor, die älteren Menschen zunächst einmal zu beraten, um aufzuzeigen, dass mit geringem finanziellen Aufwand eine Wohnung schon entsprechend hergerichtet werden könne. So könnten z. B. mit Holzklötzen die Betten höher gestellt und lose Teppichbrücken entfernt werden.

**Herr Lutz** weist darauf hin, dass der Prozentanteil der Menschen über 65 Jahren höher sei als der Anteil der Menschen bis 18 Jahren. Anschließend geht er auf das Mehrgenerationenwohnen ein. Es wäre wichtig, die bereits vorhandenen Beratungsangebote für ältere Menschen noch weiter auszubauen und dies insbesondere für die Altersgruppe von 65 – 75 Jahren, denn in dem Alter seien die Menschen noch mobil. Er verweist auf den Pflegestützpunkt, der in dieser Sache sehr gute Arbeit leiste. Er schlägt vor, den Geschäftsführer der Gewoba in einer der nächsten Ausschusssitzungen für Gesundheit und Soziales über den Stand der Altenwohnungen berichten zu lassen.

**Frau Meinen** verweist auf die Wartelisten für Interessenten von Pflegeheimen und dem betreutem Wohnen. Sie schlägt vor, dort einen Abgleich zu starten, um festzustellen, wie viele Menschen sich wirklich für Altenwohnungen interessierten. **Herr Engels** erwidert, in der Vergangenheit hätte es sogar Zeiten gegeben, in denen nicht alle Altenwohnungen belegt gewesen seien und Ausnahmeregelungen geschaffen werden mussten, um die Wohnungen anderweitig vermieten zu können. Bei den Altersheimen, wie z. B. das Pflegeheim am Wall, seien ihm aber „ellenlange“ Wartelisten bekannt. Trotzdem gäbe es aber immer noch Möglichkeiten, sehr kurzfristig einen Pflegeplatz zu erhalten.

**Frau E. Meyer** wundert sich über den Ausbau der Beratungsangebote für BürgerInnen ab 65 Jahren. Ihrer Meinung nach sei ein Mensch mit 65 Jahren noch nicht alt. **Herr Engels** antwortet, bei einer Planung mit sehr viel älteren Personen, z. B. 80-Jährigen, bestände die Gefahr, dass diese bereits verstorben seien, wenn die Planung umgesetzt würde.

**Frau L. Meyer** moniert, dass in Emden zurzeit keine Kurzzeitplätze mehr zu bekommen seien. Sie möchte wissen, ob es eine Pflicht der Altenheime sei, Kurzzeitplätze vorzuhalten. **Frau Szag** erläutert, zum Jahresbeginn hätte das Land Niedersachsen die Förderung der Investitionskosten für Kurzzeitpflegeplätze umgestellt. In der Vergangenheit seien auch „eingestreute Kurzzeitpflegeplätze“ gefördert worden. Jetzt hätte das Land Niedersachsen festgelegt, dass es diese Förderung nur noch für die fünf oder sechs in Niedersachsen vorhandenen solitären Kurzzeitpflegeeinrichtungen gäbe. Dies heiße aber nicht, dass es keine Kurzzeitpflegeplätze mehr gäbe. Das Problem sei nur, dass die Leute, die dies in Anspruch nehmen wollten, dies evtl. selber bezahlen müssten und dann eben abzüglich dem Zuschuss von der Pflegekasse ein höherer Eigenanteil erwartet werde. Für Demenzerkrankte mit einer Einstufung für einen besonderen Betreuungsaufwand gäbe es die Möglichkeit, die Mittel von der Pflegekasse auch für die Investitionskosten in der Kurzzeitpflege zu verwenden.

Sie weist darauf hin, dass das Pflegezentrum am Emdener Krankenhaus zurzeit die oberste Etage, die bisher für Komapatienten vorgesehen gewesen sei, in eine solitäre Kurzzeitpflege mit 15 Plätzen umwandle. Generell gäbe es dort immer noch Kurzzeitplätze.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 11    Regelmäßige Berichterstattung in jeder Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses zu durchgeführten Maßnahmen zur Umsetzung und Erreichung der Ziele des Integrationsrahmenplans;- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 03.05.2011 Vorlage: 15/2006

**Herr Schild** bedankt sich bei Frau Tempel und Frau Schulte, FB 500, für die Erstellung und Umsetzung des Rahmenplanes und geht auf die vier Themenbereiche ein.

- Bewusstseinsbildung
- Bildung
- Wirtschaft
- Wohnen

Er moniert die fehlende Zusammenarbeit der städtischen Fachdienste. Seines Erachtens fehle auch die Öffentlichkeitsarbeit. Es könne nicht sein, dass der FD 500 mit dieser Aufgabe allein gelassen werde.

**Frau Tempel** erwidert, in der Projektgruppe sei festgestellt worden, dass nicht alle Handlungsfelder mit der gleichen Intensität bearbeitet werden könnten. Die Verwaltung werde sich daher schwerpunktmäßig mit der Bewusstseinsbildung beschäftigen. Hier seien zwischenzeitlich auch einige Maßnahmen auf den Weg gebracht worden. Insgesamt würden aber durch die breite Beteiligung derjenigen, die an der Rahmenplanerstellung mitgewirkt hätten, auch einige Dinge außerhalb der Verwaltung laufen.

In der Sitzung am 09.02.2011 hätte Herr Weber, Geschäftsführer des Jobcenters, auch das Arbeitsmarktprogramm vorgestellt. Auch dort gäbe es spezielle Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsprozess. Außerdem laufe jetzt aktuell ein Projekt der Fachhochschule. Zudem hätte das Projektteam „Soziale Stadt“, in dem insbesondere die FB 300 und 600 mitarbeiteten, einzelne Aktivitäten ausgearbeitet. Auf Wunsch werde zukünftig von der Verwaltung gerne hierüber berichtet.

**Frau Schulte** begrüßt das Engagement von Herrn Schild. Sie erläutert, ca. 15,1 % der Einwohner Emdens seien Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Menschen stammten aus 106 verschiedenen Nationen. Seit der Verabschiedung des Rahmenplanes am 03.06.2010 hätte die Verwaltung sich die Zeit genommen, um etwas wirklich Gutes zu schaffen und dieses Thema als bewusstseinsbildende Maßnahme „in die Breite zu tragen“. Anschließend stellt sie die verschiedenen Ziele vor:

Ein Ziel sei die Einstellung von Auszubildenden und Beschäftigten mit Migrationshintergrund – auch in Kernbereichen der Verwaltung. Es sei festgestellt worden, dass auf Ausschreibungen kaum Bewerbungen von Migrantinnen und Migranten eingingen. Hierfür könnte es verschiedene Gründe geben, z. B. fehlendes Interesse, fehlende Qualifikation, ein negatives Image der Verwaltung oder negative Erfahrungen. Hier sei geplant, im Bereich der Personalentwicklungsmaßnahmen dieses Thema aufzugreifen. Die Stadt Emden solle für Arbeitssuchende und Ausbildungssuchende dieser Bevölkerungsgruppe als mögliche Arbeitgeber in den Fokus gerückt werden.

Das zweite zentrale Thema sei die Förderung von interkultureller Kompetenz. Vor dem Hintergrund kulturgrenzenübergreifender Migration komme es immer wieder zu Missverständnissen in der Kommunikation und dadurch zu einer gegenseitigen Ablehnung, da die beteiligten Parteien

## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

über unterschiedliche Sichtweisen und herkunftsspezifische Verhaltensmuster verfügten. So sei es in bestimmten Kulturen ein Zeichen von Aggression, jemandem offen ins Gesicht zu schauen. Dies müsse man wissen, um Irritationen zu vermeiden.

Außerdem seien zwei Projektstudentinnen derzeit mit der Vorbereitung der Ausschreibung in den Emden Schulen zur Suche eines zusätzlichen Rahmenplansymbols beschäftigt. Dies sei in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 09.02.2011 beschlossen worden. Auch dies solle dazu dienen, ein Bewusstsein innerhalb der Schülerschaft dafür zu schaffen, wie das Schepken Christi aufgenommen werde, wie der historische Umgang mit Migration sei, wie jetzt Migration verstanden werde, was die Hintergründe seien und wie man zueinander kommen könne.

Zudem strebe die Verwaltung die Qualifizierung und den Einsatz von Integrationslotsen an. Integrationslotsen sollten Neuzuwanderern und Spätaussiedlern helfen, sich in einer neuen, für sie fremden Umgebung zurechtzufinden. Das Projekt laufe ehrenamtlich und werde vom Land Niedersachsen mit Fördergeldern unterstützt.

Zusätzlich habe die Verwaltung auf Antrag des Vereins „Internationales Barenburg e. V.“ Fördergelder für eine Kursfahrt nach Berlin bewilligt, in der sich die Migrantinnen und Migranten mit dem parlamentarischen System in Deutschland auseinandersetzen, die Geschichte Deutschlands beleuchteten sowie neben praktischen Organisationen (Stadtpläne usw.) auch am internationalen Fest der Kulturen teilnehmen könnten.

Außerdem hätte der FD 437 ein großes Interesse daran, Migrantinnen und Migranten in ihre Jugendfeuerwehren zu holen. Jugendfeuerwehren engagierten sich sehr in der Bewusstseinsbildung von jungen Leuten und in der Jugendarbeit. Bislang sei die Resonanz aber eher verhalten.

Sie kündigt für Mittwoch, den 13.07.2011, 17.30 Uhr, ein gemeinsames Kochevent im Kulturbunker Barenburg mit dem FB 600 (Herrn Sprengelmeyer) an. An dieser Veranstaltung werden auch die Sozialministerin Aygül Özkan, Herr Schild (Bündnis 90/Die Grünen), Herr Abdou Ouedraogo (Integrationsrat) teilnehmen. Sie hoffe, auf diesem Wege die Öffentlichkeit im positiven Sinne erreichen zu können.

**Herr Lutz** freut sich über das Lob an Frau Tempel und Frau Schulte, weist aber darauf hin, dass neben den Fachbereichen 500 und 600 auch die Fachbereiche 200, 300, und 400 mit dem Rahmenplan beschäftigt seien. Bisher sei von dieser Arbeit aber zu wenig berichtet worden. Außerdem würde er sich freuen, wenn zukünftig mehr Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Verwaltung eingingen.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 13 Anfragen

### 1. Beirat Jobcenter

**Herr Götze** verweist auf seine Wiederwahl als Vorsitzender des Beirates des Jobcenters in der gestrigen Sitzung. Er bitte darum, bei Fragen oder Problemen an ihn heranzutreten. Frau Bamminger sei ebenfalls in dem Beirat vertreten.



## Niederschrift Nr. 25 über die über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

### 2. Kostenloser Nachhilfeunterricht

**Herr Götze** erläutert, in der Stadt Hamburg werde generell und völlig unbürokratisch für alle Kinder, deren Eltern Leistungen des Jobcenters erhielten, kostenloser Nachhilfeunterricht angeboten. In Emden hingegen müssten die Eltern der lernschwächeren Kinder zunächst einen Antrag auf Nachhilfeunterricht stellen.

**Herr Lutz** moniert die Art und Weise, wie diese nichtkommunalen Anträge abgearbeitet würden. Er hoffe – gerade im Hinblick auf die Bildungsnotwendigkeit – auf den baldigen Erlass eines entsprechenden Gesetzes. Im Übrigen sei Hamburg – im Gegensatz zu Emden - ein Stadtstaat, der selber für seine Lehrerschaft verantwortlich sei. Es sollte daher zunächst die Antwort des Landes abgewartet werden.

### 3. Technik

**Herr Bongartz** möchte wissen, ob es möglich sei, für die Mikrofone im Ratssaal längere Kabel anzuschaffen. Die jetzigen Kabel seien sehr kurz.

#### Anm. der Protokollführung:

Lt. Mitteilung des Gebäudemanagements v. 29.06.2011 wurde die Mikrofonanlage im Jahre 2009 in zwei Bauabschnitten erneuert und erweitert. Bei der bisherigen Anlage musste in einem sehr kurzen Abstand ins Mikrofon gesprochen werden, um den engen Sprachübertragungswinkel auszugleichen. Die neuen Mikrofone dagegen sind winkeloptimiert und so ausgerichtet, dass ein sog. Korridor (60\*80cm) eine gleichbleibende Lautstärke der Sprachübertragung gewährleistet. Bei normaler Sprachlautstärke und in dem genannten Korridorabstand ist eine optimale Übertragung sowie Aufzeichnung gewährleistet. Die Anschaffung längerer Mikrofonkabel ist daher nicht notwendig.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.